

Initiativantrag

Die Kreisdelegiertenversammlung wird gebeten, folgendem Entschließungsantrag zuzustimmen und ihn zur Beschlussfassung und Weiterleitung dem Landesvorstand zuzuleiten:

“Eine Schule für alle”

1 Eine viel zu große Anzahl junger Menschen verlässt jedes Jahr die Schule, ohne einen
2 qualifizierenden Abschluss erreicht zu haben. In Hamburg lag die Quote laut
3 statistischem Landesamt im Schuljahr 2003/2004 bei 11,3 % für alle SchülerInnen. Bei
4 SchülerInnen mit Migrationshintergrund ist die Quote noch dramatischer: 19,9%. Also
5 jede/r Fünfte! Gegenüber anderen europäischen Staaten mit langer integrativer Bildung
6 schneidet Deutschland insgesamt im Rahmen der PISA-Studien deutlich schlechter ab.
7 Wie wichtig eine qualifizierte Schulbildung ist, wird beim Blick auf die
8 Beschäftigungsentwicklung hochqualifizierter Arbeitsplätze in Deutschland. Die Anzahl
9 der Arbeitsplätze in diesem Bereich ist in den letzten 25 Jahren um 180% gestiegen.
10 Dafür ist die Bundesrepublik bei der sozialen Auslese Spitze. Zu den Ärgernissen, die
11 dank der PISA-Studien endlich zur Kenntnis genommen werden müssen, gehört vor
12 allem, dass in Deutschland die soziale Herkunft über Bildungschancen und Karrieren
13 entscheidet. In keinem Land der OECD ist die soziale Herkunft für den Bildungserfolg so
14 entscheidend wie hierzulande. Diese soziale Diskriminierung in unserem Bildungswesen
15 zu beheben, muss für die Sozialdemokratie das zentrale Anliegen ihrer Bildungspolitik
16 sein. In fast allen OECD-Staaten folgt man dem Grundsatz: Ein Dorf, ein Stadtteil – eine
17 Schule für alle. Und das mit guten lernökonomischen Ergebnissen. Unser mehrgliedriges
18 Schulsystem hingegen ist ineffizient, hochgradig ungerecht und entspricht nicht den
19 sozialdemokratischen Grundwerten. Mit Einführung einer „Schule für Alle“ würde die Idee
20 einer gemeinsamen Bildung aller SchülerInnen in die deutsche Bildungspolitik
21 zurückkehren. Wir SozialdemokratInnen sprechen uns daher für die flächendeckende
22 Einführung einer „Schule für Alle“ aus, die in ihrer Ausgestaltung folgenden Prinzipien
23 folgt:

24

25 **1. Vorschulische Bildung stärken**

26 Familienerziehung und vorschulische Bildung sollen einander sinnvoll ergänzen. Alle
27 Eltern sollen daher frei entscheiden können, ob sie ihr Kind in eine Vorschulklasse (auch
28 mit Nachmittagsbetreuung) oder in einem Kindergarten / eine Kindertagesstätte schicken
29 wollen. Sie sollen sich in jedem Fall darauf verlassen können, dass ihnen die Möglichkeit

30 gegeben wird, ihr Kind in dieser für die Persönlichkeits- und Intelligenzentwicklung
31 entscheidenden Phase im Sinne einer vorschulischen Bildung betreuen zu lassen. Alle
32 vorschulischen Einrichtungen enthalten einen klar definierten Bildungsauftrag, der –
33 unabhängig vom jeweiligen Träger der Einrichtung – verbindlich wird. Dazu gehören die
34 Vermittlung grundlegender sozialer Fähigkeiten ebenso wie die gezielte
35 Sprachförderung, die musische Bildung, die Bewegungserziehung sowie die Förderung
36 von kindlicher Kreativität, Neugier und Lernmotivation. SozialdemokratInnen streben ein
37 einheitliches System vorschulischer Bildung an und werden die Voraussetzungen
38 schaffen, um diese Einrichtungen den Eltern kostenfrei anbieten zu können.
39 Vorschulischer Bildung soll die Entwicklung und das Lernen eines jeden Kindes
40 unabhängig vom sozialen Hintergrund fördern und dem weiteren schulischen
41 Werdegang zugrunde liegen.

42

43 **2. Sprachliche Förderung bei Sprachdefiziten und frühe Fremdsprachenkenntnisse**

44 Welche Chancen Kinder in der Schule und später in der Gesellschaft haben, hängt
45 entscheidend davon ab, wie gut sie die deutsche Sprache mündlich und schriftlich
46 beherrschen. Gezielte Sprachförderung ist dabei gleichzeitig ein Beitrag zur
47 gesellschaftlichen Integration. Deshalb wollen wir den Spracherwerb schon vor der
48 Schule in Kindertagesstätte und Vorschule fördern, so dass alle SchülerInnen dem
49 Unterricht in allen Fächern uneingeschränkt folgen können. Alle PädagogInnen in
50 vorschulischen Einrichtungen sollen qualifiziert werden, aktiv Sprachdefizite zu erkennen
51 und „Deutsch als Zweitsprache“ unterrichten zu können. Den Eltern von Kindern mit
52 anderer Herkunftssprache müssen verstärkt attraktive, kostenfreie Deutsch-Kurse für
53 „Eltern und Kind“ angeboten werden. Auch beim Fremdsprachenunterricht ist in
54 Deutschland noch Platz für Verbesserungen. Kindern im frühen Alter fällt es leichter, die
55 Grundlagen einer Sprache zu erlernen. Sozialdemokratische Bildungspolitik wird dieser
56 frühkindlichen Neigungen Rechnung tragen und einen entsprechend kindgerechten und
57 pädagogisch aufgearbeiteten Fremdsprachenunterricht ab der ersten Schulklasse
58 einführen.

59

60 **3. Frühe Einschulung und verlässliche Förderung**

61 Der Übergang vom vorschulischen Bereich zur regulären Schule muss inhaltlich besser
62 abgestimmt und organisatorisch verzahnt werden. Wir SozialdemokratInnen werden für
63 die Vorschule und die Klassenstufen 1 und 2 eine integrativ arbeitende Eingangsstufe
64 schaffen und den jahrgangsübergreifenden Unterricht stärken. Schulpflichtige

65 ErstklässlerInnen sollen beschult und gefördert und nicht durch Zurückstellung vom
66 Schulbesuch abgehalten werden. Dazu müssen in den Schulen besondere Programme
67 entwickelt werden, mit denen die Kinder, die bislang als „nicht schulreif“ zurückgestellt
68 wurden, gezielt gefördert werden. Es ist notwendig, die Schulen für diese anspruchsvolle
69 Arbeit zu qualifizieren und bedarfsgerecht auszustatten, damit bei Bedarf durch
70 frühzeitige Prävention und Förderung den Kindern eine negative Schulkarriere erspart
71 wird.

72

73 **4. Eine Schule für alle Kinder: Chancengleichheit und Leistung durch Integration**

74 Die soziale Selektivität des deutschen Schulsystems ist erschreckend groß. Das
75 mehrgliedrige Schulsystem ist mit einer modernen und sozialen Gesellschaft nicht
76 vereinbar. So lange es fortbesteht, wird es stets aufs Neue die Aufrechterhaltung
77 struktureller sozialer Ungleichheit in unserer Gesellschaft befördern. Der Übergang von
78 der Grundschule in den Sekundarbereich I ist entscheidend für die Bildungschancen und
79 –teilhabe. Die derzeitige Übergangsauslese im gegliederten Schulsystem kann nur
80 schwer individuelle Entwicklungsstufen, biografische Verläufe und soziale Strukturen
81 berücksichtigen. Sie präformiert, als meist nicht mehr zu revidierender Schritt, die
82 langfristige Platzierung der Menschen in der Gesellschaft. Schule trägt auch
83 Mitverantwortung für gesellschaftliche Entwicklungen. Die frühe Selektion des
84 mehrgliedrigen Schulsystems trägt nicht dazu bei, bestehende Vorurteile zwischen
85 unterschiedlichen sozialen Schichten abzubauen. Im Gegenteil beinhalten sie die
86 Gefahr, dass diese durch die stattfindende soziale Selektion verstärkt werden. Das frühe
87 Aussortieren schadet somit nicht nur dem oder der Einzelnen, sondern auch der ganzen
88 Gesellschaft. Wir SozialdemokratInnen wollen deshalb das mehrgliedrige Schulsystem
89 überwinden, zu Gunsten eines Schulsystems, welches allen Kindern die gleichen
90 Chancen auf bestmögliche Bildung bietet und auf frühe Selektion verzichtet. Die PISA-
91 Studien haben gezeigt, dass Schulen mit einem verlängerten gemeinsamen Lernen in
92 den Tests wesentlich besser abschneiden und die soziale Selektion weitaus geringer
93 ausfällt. Gemeinsames Lernen von Kindern unabhängig vom Entwicklungsstand und
94 individuelle Förderung statt Auslese ist für uns SozialdemokratInnen das
95 Bildungskonzept der Zukunft. Unser Ziel ist es, das Hamburger Schulwesen neu zu
96 gestalten, um es leistungsfähiger zu machen und um die hohe soziale Selektivität des
97 bisherigen Schulwesens zu überwinden. Deshalb treten wir für die Weiterentwicklung
98 des Gesamtschulkonzepts und dessen Einbettung in ein dreistufiges Modell ein: Die
99 erste Stufe bildet dabei der vorschulische Bereich, in dem allen Eltern ein kostenloses

100 Angebot gemacht wird. Darauf aufbauend soll in einer regelmäßig zehnjährigen
101 gemeinsamen Schulzeit für alle SchülerInnen eine breit angelegte Allgemeinbildung auf
102 der Grundlage eines differenzierten Bildungsangebotes erfolgen. Dabei verschließen wir
103 nicht die Augen vor den Defiziten der bei uns existierenden Gesamtschulen. Sie müssen
104 anhand von Erfahrungen und internationalen Forschungsergebnissen so weiterentwickelt
105 werden, dass sie allen Kindern bestmögliche Lernangebote machen und auch
106 Spitzenleistungen angemessen fördern. Für die Förderung sowohl von benachteiligten
107 als auch von besonders leistungsstarken SchülerInnen müssen die Schulen hinreichend
108 materiell und personell ausgestattet werden. Diese „Schule für alle“ wird also keine
109 schlichte Fortschreibung der bestehenden Gesamtschulen sein. Durch ein
110 gleichermaßen anspruchsvolles und attraktives Angebot wird die notwendige hohe
111 Akzeptanz der „Schule für alle“ bei den Eltern erreicht und zudem gesichert werden,
112 dass es ein nebeneinander unterschiedlicher Schulformen zukünftig nicht mehr geben
113 wird. Im Anschluss an die gemeinsame Schulzeit soll die Spezialisierung in der dritten
114 Stufe durch die Fortsetzung des Bildungswegs entweder in der schulischen Oberstufe
115 (Abitur) oder in einer beruflichen Ausbildung erfolgen.

116
117 **5. Ausbau verlässlicher Ganztagschulen**
118 Alle Eltern sollen die Möglichkeit erhalten, ihr Kind auf einer Schule mit einem
119 Ganztagsangebot anzumelden. Wir SozialdemokratInnen werden das Netz der
120 Standorte so dicht knüpfen, dass es mit einem zumutbaren Schulweg von jedem Kind /
121 Jugendlichen erreicht werden kann. Das Konzept der Ganztagschulen einschließlich
122 der Unterrichtsangebote am Nachmittag wird verbindlicher gestaltet sein und mehr
123 erweiterte Lernangebote enthalten. Die Angebote der Ganztagschulen sollen mit den
124 Stadtteilangeboten für Jugendliche sinnvoll vernetzt werden.

125
126 **6. Keine unfreiwillige Klassenwiederholung**
127 Lernprobleme werden nicht durch „Sitzen bleiben“ gelöst. Durch das Wiederholen einer
128 Klasse werden SchülerInnen aus ihrer gewohnten Lerngruppe gerissen. Sie stehen unter
129 einem enormen psychischen Druck und es bringt ihnen in den allerseltensten Fällen
130 tatsächlich einen Fortschritt. Stattdessen setzen wir SozialdemokratInnen auf eine
131 bestmögliche Förderung aller SchülerInnen durch eine individuelle Lernplanung, um die
132 Lernschwächen der Betroffenen auszugleichen und um hochbegabte SchülerInnen
133 gezielt zu fördern. Es gilt, die Ursachen dafür, dass einzelne SchülerInnen im Unterricht
134 nicht zurecht kommen, zu beheben. Die Lehrkräfte müssen dementsprechend qualifiziert

135 werden, problematische Lernsituationen zu erkennen und spezielle Förderungen
136 anzubieten.

137

138 **7. Stadtteilbezogene Förderung der Schulen in sozialen Brennpunkten**

139 Armut schränkt Bildungserwerb und -chancen von Kindern und Jugendlichen ein.
140 Prekäre Einkommenslagen beeinträchtigen die Bildungschancen von Kindern und
141 Jugendlichen und damit auch deren Aussichten auf eine zukünftige Teilhabe an
142 gesellschaftlich hochbewerteten materiellen und immateriellen Gütern. Chancengleich-
143 heit im Bildungsbereich muss unabhängig von der sozialen Herkunft der SchülerInnen
144 und der jeweiligen Konjunktorentwicklung sein. Gesellschaftliche Fehlentwicklungen gilt
145 es abzufedern und ihre destruktiven Folgen zu mildern. Hierfür bedarf es einer
146 Verzahnung von Bildungs- und Sozialpolitik. Denn wir wissen heute, wie entscheidend
147 die Bedingungen im familiären Umfeld für die Lernfähigkeit und Lernmotivation der
148 Kinder sind. Deshalb braucht wirkliche Chancengleichheit die Unterstützung einer Sozial-
149 , Gesellschafts- und Stadtentwicklungspolitik, die soziale Ungleichheiten abbaut und
150 prekäre, bildungsfeindliche Familienverhältnisse und Wohnmilieus zu verhindern sucht.

151

152 **8. Benotung frühestens ab Klasse 5**

153 Eine Beurteilung nach Noten ist allein nicht geeignet, SchülerInnen und Eltern eine
154 aussagekräftige Rückmeldung über Fortschritte und Defizite zu geben. Noten täuschen
155 eine objektive Bewertung lediglich vor und werden als Selektionskriterium für den
156 späteren Bildungsweg instrumentalisiert. Als erster Schritt soll deshalb die Beurteilungen
157 durch Berichtszeugnisse mindestens auf die ersten vier Jahre ausgedehnt werden.

158

159 **9. Lernmittelfreiheit wieder Herstellen**

160 Die kostenlose Bereitstellung der elementaren Lernmittel ist für SozialdemokratInnen
161 eine wertvolle Errungenschaft und ein wichtiger Baustein zur Herstellung von
162 Chancengleichheit im Schulwesen. Die durch die Abschaffung der Lernmittelfreiheit in
163 Hamburg entstandenen Kosten für Eltern belasten einseitig kinderreiche und sozial
164 schwache Familien. Dies ist weder mit einer modernen und dem Sozialstaatsprinzip
165 verpflichteten Bildungspolitik, noch mit einer entsprechenden Familienpolitik in Einklang
166 zu bringen.

167

168

169

170 **10. Ausbildung der Pädagogen reformieren und Fortbildung verbessern**

171 Die angestrebte Reform der vorschulischen Bildung und eine anspruchsvolle „Schule für
172 alle“ brauchen qualifiziert ausgebildete Fachkräfte und LehrerInnen.
173 SozialdemokratInnen werden für eine Verbesserung der Aus- und Fortbildung von
174 ErzieherInnen und SozialpädagogInnen und eine zügige inhaltliche Reform der
175 Lehramtsaus- und Fortbildung sorgen. Diese Reformen werden an den Bedürfnissen
176 eines zeitgemäßen Vorschul- und Schulwesens orientiert sein. Wir wollen
177 QuereinsteigerInnen, die pädagogische Fähigkeiten und fachliche Qualifikationen
178 aufzeigen, den Einstieg in die Lehrberufe erleichtern, sofern sichergestellt ist, dass die
179 pädagogische Qualität darunter nicht leidet.

